

Die etwas andere Sicht über die Deutschen in der Rolle als Täter und Opfer

Mit Textauszügen und Anmerkungen
aus Anlaß der Veröffentlichung der Arbeiten von

Werner Onken mit den Titeln:

Das Verhältnis der Geld- und Bodenreform zum Judentum und zum Antisemitismus

und

**Gefahren für die Geld- und Bodenreform von rechts -
Kritische Auseinandersetzung mit den Programmen
von NPD und PNOS**

von

Tristan Abromeit
www.tristan-abromeit.de

Oktober 2007

Anhang 7

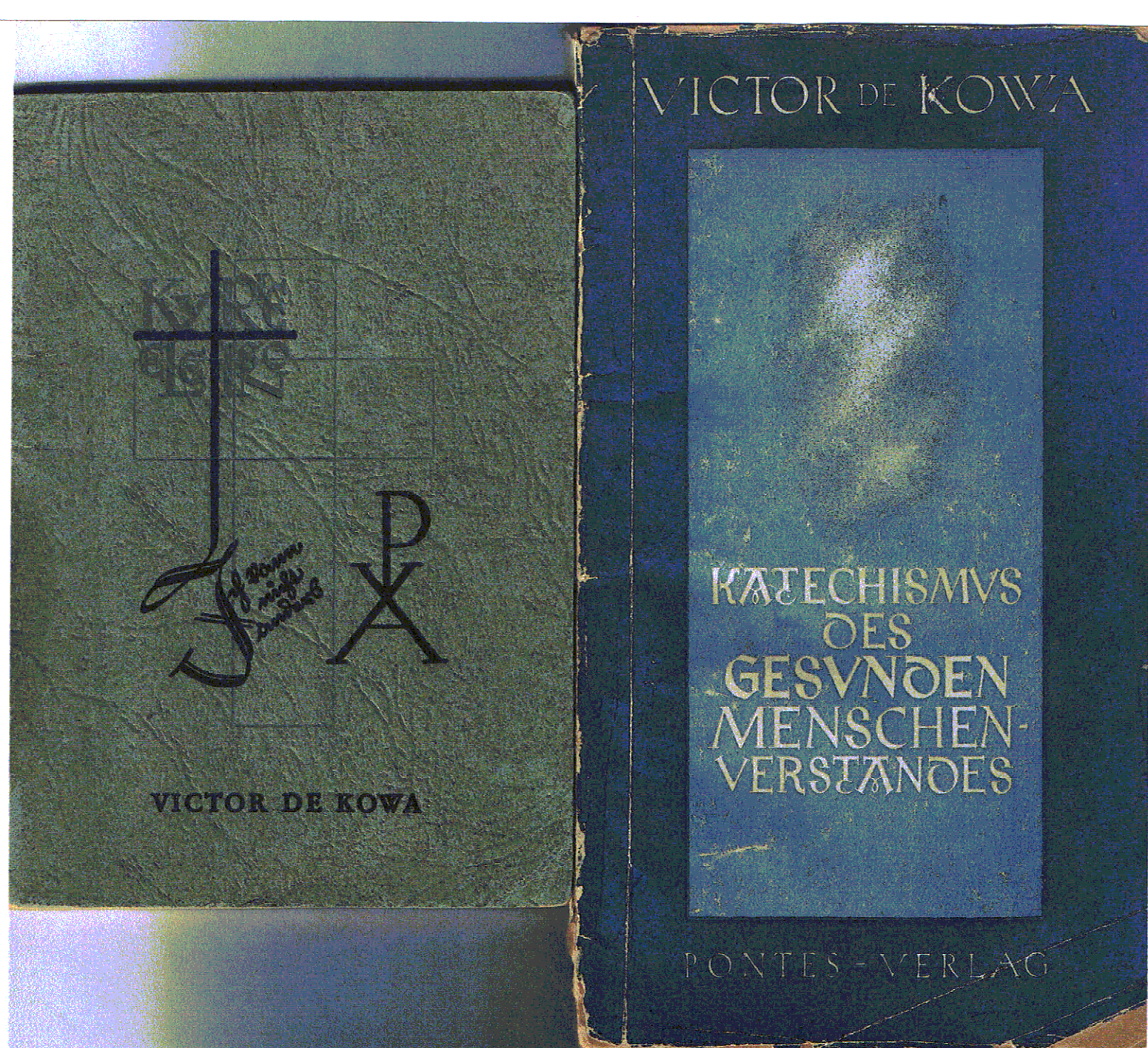
Text 55.7

(Seiten 1 – 16)

TA

Meine persönliche Entdeckung der Freiwirtschaft
1961

Briefwechsel mit Generalstaatsanwalt Bauer
über die Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung
1963



Meine persönliche Entdeckung der Freiwirtschaft

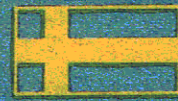
Die erste Kunde von der gesellschaftlichen Gestaltungsidee *Natürliche Wirtschaftsordnung* habe ich 1957 erhalten. Ich habe sie aber nicht verstanden oder aufgenommen, weil ich entweder dafür noch empfänglich oder weil sie zu verschlüsselt war. Sie war aufgeführt in eine Liste der Möglichkeiten in einem der beiden kleinen Schriften von dem Schauspieler Victor de Kowa – die mit dem jeweiligen Titelblatt hier oben abgebildet sind. Die Schriften haben mich damals aufgrund meines Interesses für den Pazifismus angesprochen. Was ich heute

nicht mehr genau weiß, ist, ob ich die Schriften im Internationalen Freundschaftsheim Bückeburg erworben habe oder ob ich sie von den Angehörigen der Kowas (von der Mutter oder der Schwester) erhalten habe. Ich hatte diese damals in Berlin aufgesucht, weil ich vorher zusammen mit einem Neffen der Kowas zur Deckschiffmannschaft eines schwedischen Frachters gehörte.

Gefunkt hat es bei mir 1961, als ich aus Anlaß der Bundestagswahl das nachfolgend abgebildete Flugblatt in die Hände bekam. Ich fand es bei einem ehemaligen Lehrer der Heimvolkshochschule Mariaspring (bei Göttingen), den ich aus meiner Zeit als Schüler dieser Schule der Erwachsenenbildung her kannte. Dieser Lehrer hatte wiederum das Flugblatt von einem Kollegen, der das Wissen um die Freiwirtschaft als DDR-Flüchtling mitgebracht hatte. Mich hat damals als erstes die Schlagzeile „neutral sein heißt glücklichsein“ angesprochen. Das entsprach meinem pazifistischen Standpunkt, den ich mir damals erarbeitet hatte. Man muß aber aus heutiger Sicht zugeben, daß dies im kalten Krieg, bei Existenz des Eisernen Vorhanges und den militärischen Anstrengungen der BRD eine Extremposition war. Als zweiter Punkt war dann da die Kunde von einer Ökonomie, die mir viel versprechend klang. Ich nutzte zu jener Zeit meine einzige Bildungschance und lernte Bankkaufmann in einer ländlichen Kreditgenossenschaft. In dem Begriff *Genossenschaft* schimmerte mir etwas Sozialistisches durch und das war mir damals ein Begriff, der noch ausschließlich positiv besetzt war. Das, was in dem Flugblatt als Ökonomie-Modell durchschimmerte, schien mir Gerechtigkeit und Freiheit miteinander zu verbinden. Und Gerechtigkeit ohne Freiheit schien mir damals schon als Unmöglichkeit, nur für Knechte ohne Autonomiebewußtsein erstrebenswert. Ich bin dann einfach zu dem Flugblattverteiler hin gefahren, um mir die Sache näher erklären zu lassen. Aus der ersten Begegnung ist eine Jahre dauernde Freundschaft bzw. Arbeitsgemeinschaft entstanden. Die Themen *nichtmilitärische Verteidigung* und *freiheitlicher Sozialismus* bzw. *Marktwirtschaft ohne Kapitalismus* halten mich immer noch auf Trab. TA

**neutral sein
heißt
glücklich sein**

A 2



SCHWEDEN

WÄHLERGEMEINSCHAFT FÜR EIN NEUTRALES DEUTSCHLAND



Deutschland
hat die
Wahl



SCHWEIZ

Liebe Mitbürger!

17.9.1967

Zur Bundestagswahl

hätten — nach der Kapitulation der Oppositionspartei vor der gegenwärtigen Bonner Regierung — Millionen Stimmberechtigte eine **echte** Wahlmöglichkeit nicht mehr gehabt, wenn nicht eine **neue**, von Ost und West unabhängige Partei gegründet worden wäre.

Sie wurde gegründet von Frauen und Männern **Freier Wählergemeinschaften**, der **Komitees gegen Atomrüstung** und zahlreicher anderer Gruppen und Vereinigungen, sowie von den Männern des an den Fronten des letzten Krieges ausgebluteten **Jahrganges 1922**.

Diese neue Partei, die

Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland

ist im wahren Sinne des Wortes eine **deutsche Volkspartei**, die nur ein Ziel verfolgt:

Den Lebensinteressen des Deutschen Volkes zu dienen!

Wenn Deutschland nicht zum Schlachtfeld zwischen Ost und West werden soll, dann müssen als erstes die Statthalter dieser beiden Weltmächte auf deutschem Boden pensioniert werden. Darum steht die ganze Arbeit der Wählergemeinschaft unter dem Leitsatz:

Adenauer und Ulbricht müssen gehen, wenn Deutschland leben soll!

Programm der Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland:

Präambel:

Die „Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland“ bekennt sich zu dem durch das Grundgesetz der Bundesrepublik proklamierten sozialen Rechtsstaat mit einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Sie ist aber der Auffassung, daß diese im Grundgesetz niedergelegten politischen und gesellschaftlichen Ideale von der gegenwärtigen Bonner Regierung weder teilweise erreicht noch überhaupt angestrebt wurden.

Erst recht wurde der in der Präambel des Grundgesetzes enthaltene Aufruf an das deutsche Volk „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“, von der Bonner Regierung gröblich mißachtet. Die Regierungspartei hat sich dadurch mit einer schweren rechtlich-gesetzlichen und historischen Schuld beladen.

Statt die Wiedervereinigung anzustreben, wurde die Bundesrepublik, die von den westdeutschen Ländern in der ursprünglichen Absicht gegründet worden war, „dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben“, mehr und mehr in die NATO und andere einseitig westliche Zusammenschlüsse definitiven Charakters integriert.

Damit brachte man die 54 Millionen Bewohner Westdeutschlands in eine für das gesamte Volk lebensgefährliche Abhängigkeit von den Welt-Geldmächten. Die 17 Millionen Bewohner

der DDR überließ man ihrem traurigen politischen und wirtschaftlichen Schicksal. Selbst prahlte man mit dem geborgten Glanz eines vermeintlichen „Wirtschaftswunders“, hinter dessen Fassade ein großer Teil der Rentner sowie der bäuerliche, handwerkliche und industrielle Mittelstand hoffnungslos dahinsiechen und — die deutsche Kultur verfällt.

Schließlich konnte sich unter der schädlichen Wirkung der von Bonner „Demokraten“ betriebenen Meinungsmache auch ein lebendiges staatsbürgerliches Bewußtsein nicht entwickeln.

Angesichts dieser Tatsachen offenbaren sich die mit viel Pathos vorgebrachten Bekenntnisse der Regierungspartei zum sozialen und freiheitlichen Rechtsstaat und zur Wiedervereinigung mit den „Brüdern und Schwestern in der Ostzone“ als bloße Deklamationen, mit denen die mangelnde Tat und damit das Versagen der Verantwortlichen bemäntelt werden sollen.

Rund 100 Milliarden Mark wurden für die Rüstung ausgegeben!

Die Währung wurde damit ausgehöhlt.

Jetzt verlangen die „Verbündeten“ weitere Milliarden.

Diese Politik der Spaltung und Ausblutung Deutschlands muß beendet werden!

Bitte, gehen Sie mit diesem Handzettel pfleglich um und reichen Sie ihn an Ihre Bekannten weiter. Wir verfügen nicht wie die anderen Parteien über Millionen-Beträge für Wahlpropaganda, sondern sind auf eigene Ersparnisse und **I H R E** Hilfe angewiesen. Bitte helfen Sie uns!

Daher fordern wir:

Zur allgemeinen Politik:

1. Abschaffung der Wehrpflicht.

Verzicht auf die geplanten Notstandsgesetze, auf die geplante Notdienstpflicht für Frauen und auf die in Aussicht genommenen Beschränkungen im deutschen Reiseverkehr.

2. Verzicht auf Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel. Verbot ihrer Stationierung auf deutschem Boden.

3. Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und Austritt der DDR aus dem Warschauer-Pakt-System.

Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands und Abschluss eines Friedensvertrages.

Das wiedervereinigte Deutschland soll — unter Garantierung seines Status durch die USA und die Sowjetunion und unter Kontrolle dieser Garantien durch die Vereinten Nationen — zu **immerwährender Neutralität** verpflichtet werden.

Beitritt des wiedervereinigten Deutschlands zu den Vereinten Nationen.

4. Enge Anlehnung des wiedervereinigten neutralen Deutschlands an die Gruppe der neutralen Staaten und gemeinsame Bemühungen der Neutralen zur Verminderung der weltpolitischen Spannungen mit dem Ziel der weltweiten und totalen Abrüstung.

5. Verlegung des Sitzes der Vereinten Nationen nach Berlin.

Zur Wirtschaftspolitik:

1. Die Errichtung einer freiheitlichen, gerechten Wirtschaftsordnung, die das Monopol des Großkapitals und seine Ursachen, nämlich das arbeitslose Einkommen, nach den Erkenntnissen des deutschen Soziologen Silvio Gesell organisch und ohne jeden Zwang beseitigt und damit auch dem Mittelstand zu voller Kräfteentfaltung verhilft.

2. Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes.

3. Abschaffung der auf zahlreichen Verbrauchsgütern lastenden indirekten Steuern, die diese Waren bis zu 100% und mehr verteuern.

4. Beseitigung der Bodenspekulation (Bauland!) durch eine umfassende Bodenrechtsreform.

5. Befreiung des Bauernstandes aus seiner Rolle als Empfänger staatlicher Almosen. Der Bauernstand muß wieder gesund und lebenskräftig werden.

Zur Sozialpolitik:

1. Verwendung der Rüstungsmilliarden für soziale Zwecke.

2. Beseitigung des Rentendurcheinanders und der Rentenallosen und Einführung einer allgemeinen Volkspension nach schwedischem Vorbild.

3. Schutz und Pflege der Volksgesundheit durch vorbeugende Maßnahmen.

Entgiftung des Bodens, des Wassers und der Luft, Förderung der natürlichen Lebensweise, die zur Stärkung der natürlichen Abwehrkräfte im menschlichen Organismus führt.

Einführung der völlig kostenlosen ambulanten und stationären Behandlung (einschließlich Heil- und Kuraufenthalte) bei freier Arztwahl.

Kostenlose Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten, wobei natürliche Präparate nach Möglichkeit den Vorrang haben sollen.

4. Einführung der Fünf-Tage-Woche. 28 Tage Jahresurlaub für Jedermann.

Zur Kulturpflege und Staatsverwaltung:

1. Beseitigung des Bildungsmonopols.

Jeder junge Deutsche soll eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung erhalten können — ohne Rücksicht auf die Kosten für die Ausbildung selbst, das Lehrmaterial, oder den Lebensunterhalt.

Erziehung der deutschen Jugend zu Menschen, die eine harmonisch ausgeglichene Entwicklung ihrer Verstandes- und Gemütskräfte bei gleichzeitiger körperlicher Ertüchtigung anstreben und die sich kraft ihrer Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge zwanglos in die Gemeinschaft einordnen.

2. Ausbau des Volksbildungswesens und Förderung der politischen Bildung mit dem Ziel, die Urteilsfähigkeit des Volkes im Hinblick auf Wahlen und Volksentscheide zu steigern und die Befähigung des Volkes zur Selbstbestimmung und Selbstverwaltung auszubilden.

3. Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid in die Verfassung.

4. Energetische und umfassende Förderung von Kunst und Wissenschaft.

5. Radikaler Abbau der aufgeblähten Staats- und Finanzverwaltung, Überführung der freiwerdenden Kräfte in die produktive Wirtschaft.

6. Beseitigung des Steuerdurcheinanders zugunsten einer einheitlichen Bürgersteuer mit gestaffelten Zuschlägen.

Verfassungsmäßig gesicherter Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen und damit Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Zur Rechtspflege:

1. Anpassung des gesamten Zivil- und Strafrechts an die neuen sozialen Gegebenheiten.

2. Beseitigung der Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte. Beschleunigung der Rechtsvorgänge durch ausreichende Besetzung der Gerichte.

Bekämpfung der Polizeiwilkkür.

3. Humanisierung des Strafvollzugs und Beseitigung der Diffamierung des „Vorbestraften“.

4. Abschaffung der politischen Justiz.

Zur Familienpolitik und zur Stellung der Frau:

Jede deutsche Familie soll sich frei und harmonisch entfalten können.

Sie soll in ihren Entfaltungsmöglichkeiten weder durch die Bürokratie noch durch gegenwärtige Geld- und zukünftige Existenzsorgen behindert sein.

Sie soll über Grund und Boden, über ausreichenden Wohnraum und über Freizeit und Erholungsmöglichkeiten verfügen.

Sie soll frei sein von der Bedrohung durch Kriege.

Die Frau soll rechtlich und tatsächlich dem Manne völlig gleichgestellt sein und entsprechend ihren natürlichen Anlagen am gesamten öffentlichen Leben (der Staatslenkung und der Staatsverwaltung) teilnehmen, ohne ihren Anspruch auf Schutz und Achtung durch den Mann zu verlieren.

Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland

Bundesgeschäftsstelle Frankfurt (Main) 1 – Postfach

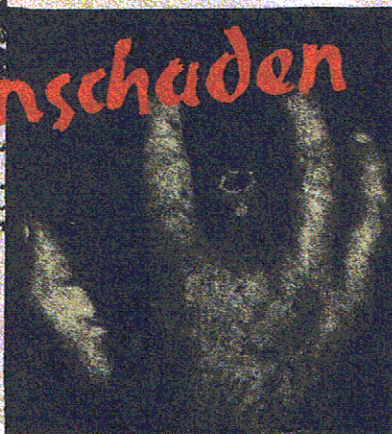
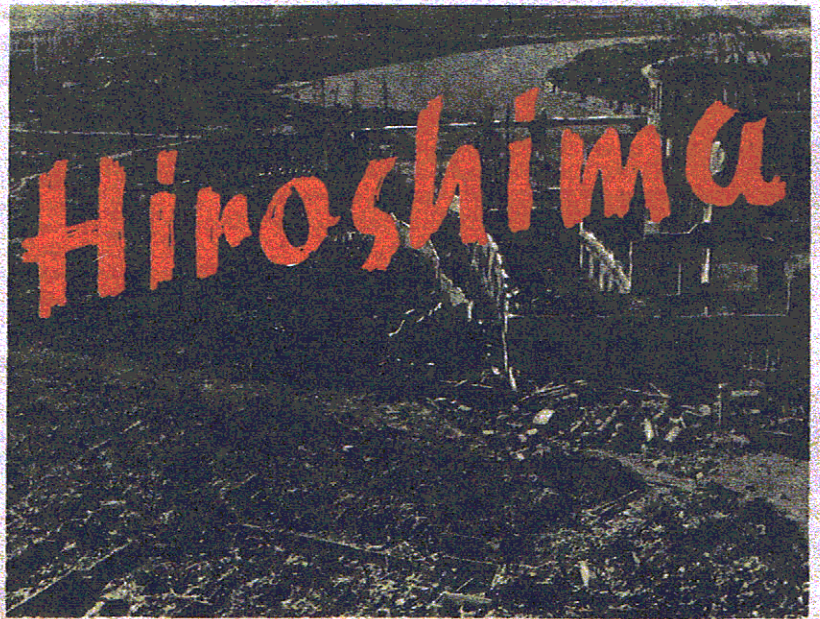
Telefon: Frankfurt 4381 29 - Postscheckkonto: Ffm. 29014

Verantwortlich: Bundesvorstand der Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland.

Offsetdruck Leonhardt, Marktheidenfeld



Die Wirkung der Atombombe



**Grauensvoll,
nicht wahr?**



Adenauer aber sagt:

**„Wer gegen die atomare Be-
waffnung der Bundeswehr ist,
ist ein Narr oder Schlimmeres“**



**Wer Adenauer wählt,
wählt Strauß und - Atomraketen**

Warum brauchen wir ein neutrales Deutschland

UND WIE MUSS ES AUSSEHEN?

Präsident Kennedy ist mit einem Rüstungshaushalt von 42 Milliarden Dollar (160 Milliarden D-Mark) vor den US-Kongreß getreten. Im gleichen Atemzug hat auch Chruschtschow erhöhte Rüstungsausgaben Rußlands angekündigt. Daß daraus für uns Deutsche, die wir teils dem westlichen, teils dem östlichen Militärblock angehören, nichts Gutes erwachsen wird, ist inzwischen wohl jedem denkenden Menschen klar geworden.

Darüber hinaus hat Chruschtschow angekündigt, daß er mit der Zone einen Separatfriedensvertrag beschließen werde. Dem amerikanischen Botschafter Thompson erklärte er, Deutschland werde in dieser Generation nicht wiedervereinigt werden.

In der Tat ist dies die bittere Konsequenz der Bündnispolitik unserer beiden Teilstaaten, aber nicht die einzige. Im Kriegsfall nämlich werden Deutsche gegen Deutsche kämpfen; der ganze „Segen“ der „fortschrittlichen“ Waffentechnik wird sich über unseren Häuptern entladen, unser Volk ausrotten und unser Land zur Wüste machen, ob es nun zu einem konventionellen oder atomaren, begrenzten oder totalen Krieg kommt.

Das Lebensinteresse unseres Volkes erfordert daher eine Politik der

Neutralität

nachdem die Politik der „Stärke“ uns der Vernichtung immer näher entgegenführt.

Eine neutrale Bundesrepublik, mit einer **freiheitlichen, krisenfesten und ausbeutungsfreien** Wirtschaftsordnung, wie wir sie nach den Vorschlägen des deutschen Sozialreformers

Silvio Gesell

erstreben, könnte den Bestrebungen des Kreml, Deutschland für die Zukunft zu teilen, einen dicken Strich durch die Rechnung machen. Eine so gestaltete Bundesrepublik wäre ein **Magnet** für die westlichen Satelliten der Sowjetunion, wo die kommunistischen Herrscher die unzufriedenen Massen mit dem **Schreckgespenst** der „revanchelüsternden, militaristischen“ Bundesrepublik im Zaune halten.

Das weiß man im Kreml und in Pankow. Deshalb versucht man, jede ernstzunehmende Neutralitätsbestrebung in der Bundesrepublik zu unterwandern, um sie **entweder steuern** oder als **osthörig** vor der Masse der Wählerschaft **unmöglich** machen zu können.

Diesem Schicksal ist auch die „Deutsche Friedens-Union“ zum Opfer gefallen. Die Berichte über ihre Aktionen nehmen in der Zonenpresse immer breitere Spalten ein. Darüber hinaus hat man dieser Partei, deren **Anhänger in der Mehrzahl sicher gutgläubig sind**, ein Wirtschaftsprogramm verpaßt, das den marxistisch-kommunistischen **Pferdefuß** deutlich herauskehrt. Die DFU fordert nämlich:

„eine am volkswirtschaftlichen Ganzen orientierte **Investitionsplanung** in Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Wohnungsbau etc.“.

Nach den Vorstellungen der DFU soll also nicht der Mensch, sondern der Staat im Mittelpunkt stehen, nicht der wirtschaftende Mensch, sondern der Staat soll darüber planen und wachen, ob, wann, wo, was und wieviel **investiert d. h. auch produziert** wird, Fabriken gebaut, Maschinen gekauft, Häuser errichtet oder andere Einrichtungen angeschafft werden.

Damit würde man den Rest unserer wirtschaftlichen Freiheit dem Götzen „Staat“ opfern. Wo die wirtschaftliche Freiheit für den einzelnen Menschen verloren geht, da geht auch die geistige und persönliche Freiheit verloren; am Ende dieser Entwicklung stünde der Kommunismus in Form der absoluten Zwangswirtschaft und Zwangsherrschaft.

Weil wir das politische Vakuum, das durch das Einschwenken der SPD und FDP auf die Adenauer-Strauß-Linie entstanden ist, nicht solchem Ungeist überlassen wollen, wie er aus dem Programm der DFU spricht, haben wir – eine Gruppe von Angehörigen verschiedener politischer Vereinigungen, die ein von Ost und West unabhängiges Deutschland erstreben – die

„Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland“

als politische Partei und als Sammlungsbewegung der neutralen und sozialen Opposition ins Leben gerufen.

Obwohl uns nicht – wie den großen Parteien – ein Wahlfonds von 175 Millionen DM, Rundfunk und Presse zur Verfügung steht und die Bundeswehr unseren Rednern auch keine Flugzeuge zur Verfügung stellt, machen wir trotzdem den Versuch,

den denkenden Wähler,

der sich trotz aller Meinungsmache sein Urteil noch selbst bildet, anzusprechen.

Neutralität und Verzicht auf Rüstung sind die **politischen** Vorbedingungen für die Wiedervereinigung und die Bannung der Kriegsgefahr!

Die **sozial-wirtschaftliche** Vorbedingung jedoch ist die Errichtung einer neuen Wirtschaftsordnung, die den „Ordnungen“ des Kommunismus und Kapitalismus haushoch überlegen ist!

Denn weder die Zonenmachthaber sind bereit, ihre „sozialistischen Errungenschaften“ dem Kapitalismus zu opfern, noch wollen Bezieher arbeitslosen Einkommens in unserer Bundesrepublik die für sie so profitable „soziale Marktwirtschaft“ gegen eine kommunistische Zwangswirtschaft eintauschen.

Hier liegt die Kernfrage der Wiedervereinigung:

Nur wenn es uns gelingt, eine für Ost und West vorbildliche Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik zu errichten, die **keine Rüstung braucht, um die Vollbeschäftigung dauernd aufrecht zu erhalten**, werden wir die Kriegsgefahr bannen und den rot-gelben Alpdruck von der Menschheit nehmen können.

Hören Sie nicht auf die Parole der vereinigten großen Parteien: jede Stimmabgabe für eine „Splitterpartei“ sei verloren! Vertan sind nur die Stimmen für die großen Parteien, denn deren Wähler machen sich mitschuldig an dem Unheil, welches die Politik der „Großen“ für unser Volk heraufbeschwört.

Jede Stimme, die die großen Parteien nicht bekommen, tut ihnen weh; denn sie stützen ihre Politik auf den **angeblichen Auftrag durch das ganze Volk!**

Geben Sie deshalb den Kandidaten der **Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland** am Wahltag eine Chance!

Her mit Volksentscheid und Volksbegehren! Heraus aus den Militärblöcken! Weg mit der Wehrpflicht! Wir wollen neutral sein! Wir wollen eine krisenfreie Vollbeschäftigungswirtschaft bei stabilem Preisstand ohne Rüstung und ohne Ausbeutung im Sinne Silvio Gesells einführen!

Wir wollen die Volksgesundheit fördern und die Entgiftung der Natur in die Wege leiten!

Wer kann Interessenten für dieses Programm namhaft machen und wer ist bereit, am Ausbau unserer Kreis- und Landesgruppenverbände mitzuarbeiten und bei Wahlen zu kandidieren?

Der vorläufige Bundesvorstand

Hermann Weiskopf, Frankfurt am Main 1, Postfach, Telefon 43 81 29

Elfriede Reifurth, Karlsruhe, Stephaniestraße 49, Telefon 23420

Briefwechsel mit Generalstaatsanwalt Bauer

über die Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung

(Abschriften)
oooooooooooooooo

Tristan Abromeit

5412 Nörten-Hardenberg, den 25.8.63
Göttinger Str. 10 a

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt Dr. Bauer,

eben habe ich der Sendung des Norddeutschen Rundfunks „Das politische Gespräch“ zugehört, in der Sie Gesprächspartner von zwei Reportern waren. Da man Rundfunkhörer gezwungen ist, das gesprochene Wort passiv aufzunehmen erlauben Sie mir bitte, daß ich ein paar spontane Äußerungen schriftlich von mir gebe.

...Generalstaatsanwalt, 60 Jahre alt... 60 Jahre in einer Welt, die ein Dom sein sollte und könnte, aber vorwiegend ein Irrenhaus ist.. Herr Dr. Bauer, daß Sie mit der Last dieser, Ihrer Lebensjahre noch so aktiv gegen die Unzulänglichkeiten der Menschen kämpfen und dieses mit dem problematischen Werkzeug, das wir Recht nennen, das verdient Respekt.

Ich bin in den Beginn der Zeit des Nazi-Regimes hineingeboren. Ich habe mich mit dem Geschehen und den Folgen dieser Zeit auseinandergesetzt, muß das, was geschehen ist, verurteilen, kann aber nicht mehr die Menschen hassen, die so unmenschlich gehandelt haben. Der Mensch handelt nicht nur aus eigener Unvollkommenheit heraus, sondern in seinem Handeln spiegeln sich auch die Verhaltens- und Sittlichkeitsnormen der ihm umgebenden Gesellschaft.

Was haben die Opfer, was haben wir davon, wenn man heute die Menschen einsperrt, die in der Vergangenheit aus Machttrieb oder aus ihrer ideologischen Hal-

tung heraus zu Mördern wurden. Man nimmt diesen Menschen die Möglichkeit eine bescheidene Gutmachung zu leisten. Voraussetzung ist natürlich, daß diese Menschen die Einsicht gewonnen haben, die Ursache für grobes Unrecht zu sein. Die Menschen, die diese Einsicht bis heute noch nicht haben, werden auch hinter Zuchthausmauern nicht zu der Einsicht kommen.

Die Vergangenheit kann man nicht bewältigen, man kann nur versuchen sie zu verstehen, damit die Gegenwart besser bewältigt werden kann, als sie es wird.

Wenn man seine persönliche Vergangenheit, wie die eines Volkes betrachtet, soll man nicht auf bestimmte schwache Stellen starren, als sei es eine giftige Spinne, das trübt den Blick. Wie kam es denn zu dem Nazi-Regime? Über diese Frage wird wenig diskutiert. Diese Tage wurde mir ein Flugblatt überreicht, das dieses Thema zum Inhalt hat. Ich lege es zur Information diesen Zeilen bei.

Sie zeigten sich in Ihrem Gespräch über das Verhalten der Jugend besorgt. Vor 2000 Jahren hat Seneca geschrieben, daß diese Besorgnis wohl zu allen Seiten bestehen würde. Abgesehen davon bin der Meinung, daß wir (ich zähle mich noch bebrenzt mit) Jugendlichen uns bei der Verlogenheit unserer Gesellschaftsordnung noch sehr positiv zeigen. Genau wie ich nicht Böswilligkeit bei der heute tragenden und prägenden Generation nachweisen kann, können Sie auch nicht nachweisen das meine Behauptung, unsere Gesellschaftsordnung sei verlogen (und menschenfeindlich dazu) nicht wahr ist.

Was ist es für eine Substanz, die einen Menschen in Ihrer Arbeit nicht resignieren läßt?

Mit freundlichem Gruß

Tristan Abromeit

DER GENERALSTAATSANWALT

6 FRANKFURT (MAIN) 1, 30. Aug. 1963
POSTFACH: 3507
GERICHTSSTRASSE 2
FERNRUF, 2867/

Herrn
Tristan Abromeit
3412 Nörten-Hardenberg
Göttinger Strasse 10a

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Vielen Dank für Ihren Brief, über den ich mich sehr gefreut habe. Sie schreiben, ich hätte mich in dem Interview über die Jugend besorgt gezeigt. Das ist mir nicht in Erinnerung, eine solche Behauptung würde auch meiner Auffassung nicht entsprechen, wenn man schon generalisieren will. Sie haben mit Seneca (und anderen, die dasselbe sagten) völlig recht; ich habe mir bis jetzt nur eingebildet, ich machte nicht den üblichen Fehler, von "den guten alten Zeiten" zu sprechen und die gegenwärtige junge Generation zu verurteilen. Was Sie über die Verlogenheit und Aggressivitäten unserer Gesellschaftsordnung sagen, ist auch meine Meinung, und ich freue mich aufrichtig über die Offenheit der meisten jungen Menschen, die auf Heuchelei und Pharisäertum verzichten.

Als wir mit dem Interview begannen, meinte ich, 45 Minuten wären viel zu viel, und das Gespräch käme bald ins Stocken. Es zeigte sich dann, dass wir noch eine Stunde länger hätten fragen und antworten können. Deswegen sind viele Dinge unter den Tisch gefallen, die Sie nennen. Ich widerspreche Ihnen keineswegs von vornherein; ich glaube, wenn wir uns beide miteinander unterhielten, ergäbe sich viel Übereinstimmung.

Sie haben mir „und“ beigelegt. Es ist natürlich nicht richtig, dass die demokratischen Politiker „untätig zugesehen“ oder gar geäußert hätten, kämen sie zur Regierung,

würde die Krise noch grösser. So törichtes Gerede führt niemand. Es ist auch nach meiner Auffassung richtig, dass bis 1932 die Volkswirtschaftler der ganzen (!) Welt die falsche Politik vorschlugen und die Politiker selbst nicht den Mut hatten, ihnen entgegen zu treten. Es dauert immer eine gewisse Zeit, bis grosse Männer sich durchsetzen. Der grosse Wirtschaftler war damals der Engländer Keynes, der eine neue Geldpolitik in seinen Büchern vertrat, die dann zur Überwindung der Krise führte und uns heute vor einer eigentlichen Krisenangst bewahrt. Es ist auch zutreffend, dass Keynes den in "und" zitierten Silvio Gesell zitiert und – freilich tiefer- nicht ganz unähnliche Gesichtspunkte vertrat.

Die Krise war m. E. nicht die entscheidende Ursache für Hitler; die Krise war ausserhalb Deutschlands genau so gross, ohne dass die entsprechenden Industrienationen auf die Demokratie verzichteten. Hitler selbst hat - was Keynes gewiss nicht empfahl ! - die Krise allein durch seine gigantische Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen beseitigt, was gewiss kein neues und kein gutes Rezept war. Die anderen Völker haben die Krise mit demokratischen und pazifistischen Mitteln - was unsere Aufgabe ist - ab 1932 bekämpft. Die Krise selbst war übrigens beim Machtantritt Hitlers bereits spürbar im Abklingen begriffen.

Warum ich nicht resigniere?

Weil Briefe wie der Ihre immer wieder Mut machen !

Mit herzlichen Grüssen
Ihr

gez. Bauer

oooooooooooooooo

Sehr geehrter Herr Dr. Bauer,

Sie waren so freundlich mir auf meinen Brief vom 25. 8. 63, indem ich Stellung zu Ihrem Rundfunkgespräch vom gleichen Tage genommen habe, eine Antwort zu geben. Ich fühle mich nicht berechtigt und bin auch nicht gewillt, Sie jetzt mit einer Serie von Briefen zu bombardieren, das liegt in meinem ersten Brief und Ihrer Antwort nicht drin. Gestatten Sie mir bitte zum Abschluß unseres kurzen Briefgesprächs noch einmal auf die Entstehung des 3. Reiches einzugehen.

Sie schreiben: >Sie haben mir „und“ beigelegt. Es ist natürlich nicht richtig, dass die demokratischen Politiker „untätig zugesehen“ oder gar geäußert hätten, kämen sie zur Regierung, würde die Krise noch größer. So törichtes Gerede führt niemand.< Ich habe nachgefragt, woher das Zitat aus dem „und“ stammt. Mir wurde daraufhin die Schrift „Informationen“ Woran scheiterte Weimar übergeben (auf Seite 13 findet sich das Zitat in abgewandelter Form wieder) und gesagt, es sei eine mündliche Äußerung eines Herrn Tarnow auf einer Funktionärskonferenz der SPD in Thüringen. Herr Tarnow habe von Arbeitslosigkeit und nicht von Krise, wie es im „und“ steht gesprochen.

Ihre Behauptung, daß erst der Engländer Keynes eine neue Geldpolitik forderte, die uns vor der eigentlichen Krisenangst bewahrt, kann ich nicht widerlegen, ich kann sie nur anzweifeln, nachdem ich die Schrift von Karl Walker „Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie“ gelesen habe.

Ich schicke die beiden erwähnten Schriften mit. Sie dürften auch dann interessant sein, wenn man politisch anders orientiert ist. Die Schrift von Walker hätte ich gelegentlich gerne zurück, da sie nicht mehr zu erwerben ist.

Ich bin kein Gesellianer, sondern ein Lernender. Als Lernender ist mir allerdings unverständlich, daß die Lehrenden die ungeheuren Behauptungen von Gesell, die wenn sie wahr sind, die Begriffe: Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit aus-

füllen könnten, nicht durch einen Forschungsauftrag bestätigen oder widerlegen lassen. Es handelt sich bei diesem Stoff doch nicht um Metaphysik.

Mit freundlichem Gruß

Tristan Abromeit

oooooooooooooooooooo

DER GENERALSTAATSANWALT 6 FRANKFURT (MAIN) I, 24.9.1963
POSTFACH, 3507
GERICHTSSTRASSE 2
FERNRUF 2867/

Herrn
Tristan Abromeit
Nörten-Hardenberg;
Göttinger Str. 10a

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Der von Ihnen zitierte „Herr Tarnow“ war der maßgebliche Mann der Deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1933 und dann - von 1945 bis zu seinem Tod (1950 ?)- der erste Vorsitzende des DGB. Sie können sich gewiß vorstellen, daß die Arbeiterbewegung vor 1933 kein wichtigeres Ziel hatte als die Beseitigung oder Verminderung der Arbeitslosigkeit. Das Wort Tarnows - das jedenfalls aus dem Zusammenhang gerissen ist - hat selbstverständlich einen anderen Sinn als den, den Sie ihm unterstellen. Die deutschen Wirtschaftsführer (Großindustrie usw.) fürchteten seit 1918 die Arbeiterbewegung, vor allem die Freien Gewerkschaften wie den Teufel; sie unterstützten zwecks Zerschlagung der Arbeiterbewegung die deutschen Rechte, besonders die NSDAP mit allen Mitteln. Die SPD und Gewerkschaften fürchteten und mußten fürchten, daß bei Eintritt des Faktums „wenn wir (die Gewerkschaften) zur Macht kämen“ die deutsche Wirtschaft wie zuvor (z.B. in der Inflation) zu Gegenmaßnahmen griffe, die Wirtschaft drosselte, weitere Arbeiter entließe, um den Sturz einer Arbeiterregierung auf diese Weise zu erzwingen. Es wäre wahrscheinlich zu einem

neuen „schwarzer Freitag“ gekommen, weil Wirtschaft, Finanz usw. ihre Aktien, Obligationen usw. massenweise verkauft hätten, was zu weiterer Depression usw. geführt hätte. Diese Furcht hatte Tarnow - leider mit sehr guten Gründen! - geäußert.

Sie brauchen Gesell nicht zu loben, Keynes hat dies gründlich getan, ich habe dies in einem dicken - im Ausland erschienenen - Buch auch getan. Gesell war ein naives Genie, aber gewiß ein Genie. Aber vieles war offensichtlich falsch oder sehr problematisch, wie es bei mutigen Leuten oftmals der Fall ist. Keynes war einer der bedeutendsten Volkswirtschaftler, die die Welt kennt. Bei ihm ist System und klare Vernunft, wo bei Gesell mehr Vision, Traum ist. Leider ist selbst Keynes heute noch nicht allgemein anerkannt, am wenigsten in Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Bauer

oooooooooooooooooooo

Tristan Abromeit

5412 Nörten-Hardenberg, den 26.9. 1963
Göttinger Str. 10a

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt Dr. Bauer,

nun habe ich mich entgegen meinen Absichten doch noch mal an die Schreibmaschine gesetzt um mit einigen Zeilen auf Ihren Brief, für den ich danke, zu antworten.

Ich lese aus Ihren Brief einen leichten Vorwurf heraus, der da besagt, daß ich eigentlich wissen mußte wer Herr Tarnow war und das dieser Mann außer jedem Zweifel steht, was seinem Verhalten in der Weimarer Republik anbetrifft.

Ich gebe immer wieder zu, daß ich viele Dinge, die man zur Bewältigung der Gegenwart wissen mußte, nicht weiß. Zum Teil liegt es mit daran, daß zu meiner Schulzeit die Erwachsenen mit tierischem Ernst Krieg spielten und somit für die Bildung ihrer

Kinder keine Zeit hatten.

Ich habe das Zitat von Tarnow meines Wissens nicht falsch verstanden.

Es sagt doch nur, daß die SPD damals die wirtschaftstheoretischen Einsichten fehlten, um die Arbeitslosigkeit zu beheben.

Aus Ihren Zeilen spricht eine stille Leidenschaft, die deutlich genug besagt, daß Sie damals nicht „untätig zugesehen“ haben.

Im zweiten Teil Ihres Briefes, schreiben Sie, ich brauche Gesell nicht zu loben,....
Ich habe Gesell in meinem Brief gar nicht gelobt. Ich habe gefragt, und daß ist ja wohl was anderes. Was hat es auch für einen Sinn Tote zu loben, nur die Folgen ihrer Taten ... (als sie noch keine Toten waren) sind zu bejahen oder zu verneinen.

Ich selber brauche keinen Heiligen, mag er Gesell oder Keynes heißen, ich suche auch nicht weltanschauliche Sicherheit in einem System, was ich suche, ist für mich ein Weg der dahin führt, daß ich etwas dazu beitragen kann, den Menschen zu zeigen, wie er des Menschen Freund sein kann. In diesem Sinne waren für mich die Zeilen, die zwischen Ihnen und mir gewechselt worden sind, fruchtbar.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

p.s. Wenn ich meine Bankkaufmannslehre im Nächsten Jahr abgeschlossen habe, hoffe ich, daß ich Zeit dazu finden werde, tiefere Einsichten in die Volkswirtschaft, speziell in das Währungsproblem, zu gewinnen.